

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M., für den Monat Januar, im Voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Tabakhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Breitenband bezogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Memelgebiet sowie die holländischen Gebiete, Polen und Luxemburg 26.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 2-6

Die zehnjährige Monopolverjährig ober deren Raum halber 8.— M., einschließlich Interentensteuer. Kleine Anzeigen: Das zehnjährige Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Interentensteuer. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 4.50 M., netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das zehnjährige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der englisch-französischer Gegensatz

### Poincaré—Curzon—Lloyd George

CC. Paris, 17. Januar.

Ueber den Verlauf der gestrigen Besprechung zwischen Poincaré und Lord Curzon weiß das „Petit Journal“ zu melden. Poincaré habe sich mit dem englischen Vorschläge, daß erst eine allgemeine Liquidation der zwischen Frankreich und England schwebenden Streitigen Fragen stattfinden müsse, ehe ein englisch-französischer Garantievertrag geschlossen werden könne, grundsätzlich einverstanden erklärt, und zwar soll die Regelung aller dieser Fragen auf diplomatischem Wege und nicht durch die direkten Ministerkonferenzen erfolgen. Was das Reparationsproblem angeht, so habe Poincaré erklärt, daß hierüber zwischen der französischen und der englischen Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheit bestehe. Die englische Regierung habe immer erklärt, daß sie die Durchführung des Friedensvertrages wolle. Das Reparationsproblem werde somit in die diplomatischen Verhandlungen der nächsten Zeit nicht aufgenommen werden, sondern man werde darüber gesondert verhandeln.

Zur Reparationsfrage meldet der „New York Herald“ noch: Poincaré und Lord Curzon sind übereingekommen, daß zunächst einmal die Entscheidung der Reparationskommission abgewartet und diese zur Grundlage der Besprechung zwischen Frankreich und England gemacht werden solle. Deutschland soll aufgefordert werden, seinen guten Willen zu bekunden, indem es wirtschaftliche und budgetäre Reformen einführt. Täte Deutschland dies nicht, so hätte England nichts dagegen, daß Frankreich alles aufbiete, um aus Deutschland an Entschädigungen herauszuholen, was Frankreich zukomme.

Geht schon aus diesen allerdings sehr allgemein gehaltenen Mitteilungen über die Unterredung zwischen Poincaré und Lord Curzon recht deutlich hervor, daß schwerwiegende Differenzen zwischen den Leitern der englischen und französischen Politik bestehen, so zeigen die Äußerungen der englischen Presse, daß nicht nur England, sondern auch Amerika mit aller Entschiedenheit gegen eine Wiederaufhebung des nationalistischen und militaristischen Kurses in Frankreich Front machen. Besonders beachtenswert ist in dieser Beziehung ein Artikel, den der Chefredakteur der „Times“, M. Steed, in seiner Zeitung veröffentlicht. Er erklärt, daß schon während der Konferenz in Washington die amerikanische Regierung ihren ganzen Einfluß aufzubieten mußte, um die amerikanische Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so furchtbare Explosion des amerikanischen Zornes gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst dem Blindesten die Augen geöffnet worden wären. Die große Mehrheit des französischen Publikums habe keine Ahnung von der Lage, in die es verlegt worden sei. Es habe während der letzten Tage die Welt durch das verkehrte Ende des Fernglases angesehen, obgleich im großen genommen, die französische öffentliche Meinung weder militärisch noch aggressiv sei und eine Isolierung nicht billige. Wenn gegenwärtig noch keine französische Regierung zustande kommen würde, die der öffentlichen Meinung entspreche, so werde sie doch bald zustande kommen, wenn erst die Augen des französischen Volkes weiter geöffnet worden seien.

Diese Äußerung eines der einflussreichsten englischen Blätter bedeutet eine ernste Mahnung an die Adresse Frankreichs. Ihre Wirkung wird noch verstärkt durch die Äußerungen anderer englischer Blätter, die unter Bezugnahme auf die Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré die Differenzpunkte zwischen England und Frankreich außerordentlich scharf betonen. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß England keineswegs gewillt ist, von der einmal eingeschlagenen Linie seiner Politik gegenüber Frankreich und Mitteleuropa abzuweichen.

## Die Konferenz von Genua

### Frankreichs Bedingungen

CC. Paris, 17. Januar.

Eine hervorragende Persönlichkeit des französischen Bloc national erklärte einem Vertreter des „Newport Herald“, daß Poincaré sich selbst nach Genua begeben werde, sofern auch Lloyd George und Bonomi an dieser Konferenz teilnehmen. Der neue französische Ministerpräsident wolle nicht den Anschein erwecken, als ob er ein Versprechen brechen wolle, das im Namen Frankreichs gegeben wurde, selbst wenn dieses Versprechen von einer „zweifelhaften Autorität“ herrühre. Poincaré würde aber die Teilnahme Frankreichs an dieser Konferenz von bestimmten Garantien abhängig machen. In Genua würde er das Beispiel nachahmen, daß Briand auf der Konferenz von Washington gegeben habe, daß nur den ersten Sitzungen beiwohne.

Was die von Frankreich zu fordernden Garantien anbetrifft, so erklärt hierüber der „Matin“, daß es nunmehr vollkommene Tatsache sei, daß die Konferenz von Genua abgehalten werden solle und daß auf ihr Vertreter der Sowjetregierung und der

ehemals feindlichen Staaten vertreten sein sollen. Für die Einladungen zu dieser Konferenz seien keinerlei Bedingungen gestellt worden, dagegen müßten solche Bedingungen für die Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Europas darüber bestehen, daß diese Zusammenarbeit bereits mit dem Augenblick beginnen werde, in dem man die Konferenz eröffne. Infolgedessen würden die französischen Vertreter fordern, daß die eingeladenen Regierungen ohne Vorbehalt alle Bedingungen annehmen, ehe sie sich auf die Konferenz von Genua begeben.

## Amerika gegen den Kurs Poincaré

Washington, 16. Januar.

Der Senat hat heute die Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdepartement ersucht wird, eine Untersuchung über die europäische Finanzlage und die Wirkungen anzustellen, die die Vandrückungen der europäischen Länder auf die europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten.

London, 17. Januar.

„Daily Express“ schreibt zu der Annahme der Resolution Mac Cormick durch den amerikanischen Senat, diese könne als erste Antwort der Vereinigten Staaten an die neue militaristische Regierung Frankreichs angesehen werden. Die französische Politik drohe die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands und damit Mitteleuropas für eine Generation zu verhindern. Ein Blick in die französische Presse von heute zeige die vollkommene Unfähigkeit der Franzosen, die Welt zu erkennen, in der die Menschheit seit Beendigung des Krieges lebe.

## Die Tschechoslowakei gegen Poincaré

Paris, 17. Januar. (Intel.)

Die „Tribuna“ schreibt, daß der Fall Briand einen bedeutenden Einfluß auf die auswärtige Politik der Tschechoslowakei ausüben werde. Es sei Zeit, die englischen Wege zu gehen, von welchen der Außenminister Benesch kürzlich gesprochen habe, und mit denen er eine politische Methode meinte, in der die Rücksicht auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen alle anderen Erwägungen überwiege. Die Tschechoslowakei würde, wenn sie zur Politik Englands hinneige, gewiß nicht weniger gewinnen, als sie von Frankreich verliert, das eine Offensive gegen Deutschland und dadurch auch gegen eine rasche Konsolidierung Mitteleuropas vorbereitete.

## Drei Interpellationen in der französischen Kammer

CC. Paris, 17. Januar.

In der französischen Kammer sind drei Interpellationen eingegangen: Die erste von Marcel Cachin über die Kooperation von Genua; die zweite von Marguier über die allgemeine Politik; und die dritte von Girod über die Vereinigung des Ministeriums der Pensionen mit dem Kriegsministerium.

## Englische Mahnung zur Vernunft

London, 17. Januar.

In einem Leitartikel gibt die „Daily Mail“ der Hoffnung Ausdruck, daß der Oberste Rat dem Vorschlag der alliierten Kommission, die Auslieferung der Kriegsbefehlshabigen zur Aburteilung zu fordern, nicht stattgeben wird. Jedes Gericht, das von Alliierten gebildet sei, werde ebenso wie das deutsche Gericht dem Vorwurf der Parteilichkeit ausgesetzt werden. Es würde keine praktische Politik bedeuten, gerade im gegenwärtigen Augenblick diese Aufgabe zu übernehmen.

## Ungarische Wahlen

Wien, 17. Januar. (Intel.)

Zu der bevorstehenden Auflösung der ungarischen Nationalversammlung bemerkt die „Arbeiterzeitung“, daß die Neuwahlen wieder „einfache ungarische Wahlen“ zu werden versprochen. Der Abgeordnete Kalla hat darüber in der Nationalversammlung einiges erzählt, was festgehalten zu werden verdient. Es besteht nach seinen Mitteilungen ein Bureau für den freien Verkehr, dessen Monopol die Beschaffung von Ausfuhrbewilligungen ist. Dieses Bureau hat bisher 40 Millionen Kronen zu Händen des Grafen Bethlen gehabt, der dieses auch nicht in Abrede stellte, sondern nur behauptete, daß das Geld für „patriotische Zwecke“ verwandt worden sei. Diese patriotischen Zwecke sind aber nach unabweisbar gesprochen gebliebenen Mitteilungen Kallas die Wahlfrage der Regierung. Die oppositionellen Parteien sehen diesen Neuwahlen, in denen nicht nur gekahlene Gelder, sondern auch die bewaffnete Macht Horstys gegen sie aufgebracht werden, mit großer Besorgnis entgegen. Da sie sich dagegen nicht wehren können, wollen sie sich unter den Schutz der auswärtigen Mächte stellen. Kalla erklärte:

„Entweder sollen die Konsumbestimmungen durch ein Gesetz abgeschafft werden, oder die Regierung soll einer Konzentrationsregierung weichen, die die Wahlen zu leiten hätte. Ohne solche Garantien wären wir gezwungen, die bevorstehenden Wahlen unter den Schutz der ausländischen Vertreter zu stellen.“

## Die Zukunft Irlands

Von Karl Kautsky

Von der letzten erschienenen Schrift K. Kautskys „Irland“ (Verlag „Freiheit“, Preis M. 6.—).

Die Sozialisten aller Länder haben stets den Kampf Irlands gegen seine Bedränger mit größter Sympathie verfolgt. Marx und Engels forderten neben der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens die nationale Selbständigkeit Polens, Ungarns und Irlands. Am 15. Februar 1882 schrieb Engels mit einem Brief über die polnische Frage, in dem unter anderem der Satz vorliegt:

„Ich bin der Ansicht, daß zwei Nationen in Europa nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, national zu sein, ehe sie international sind: Irländer und Polen.“

Von den Ungarn ist hier nicht mehr die Rede. Sie hatten 1867 ihre Unabhängigkeit erlangt, damit aber auch jede Bedeutung für die europäische Revolution verloren. Der reaktionäre Pferdefuß Ungarns quackte 1882 schon recht deutlich hervor. Allerdings, daß es einmal als Nachfolger Rossins einen Horstyn hervorbringen werde, ließ sich damals nicht einmal ahnen.

Wenn Marx und Engels das heutige unabhängige Polen sehen könnten, würden sie es auch mit sehr gemischten Gefühlen betrachten.

Die Bedeutung der beiden Länder für die revolutionäre Demokratie in Europa bestand darin, daß sie die einzige wirksame Kraft gegen den Absolutismus bildeten, unter dem sie litten, den habsburgischen hier, den zaristischen dort. Aber diese Widerstandskraft, die zeitweise der austretenden Demokratie zugute kam, beruhte auf einer ökonomisch reaktionären Klasse, dem Adel, vor allem dem zahlreichen Kleinadel, dem Junkertum. Sobald dieses den auswärtigen Dränger los wird, entfaltet es die ganze ihm innewohnende Brutalität gegen die neu austretenden Klassen. Vor allem gegen das Proletariat, mitunter auch gegen die Kapitalisten, die in jenen Ländern vornehmlich in jüdischer Gestalt auftreten und die er plündert, soweit sie ihm nicht zu Willen sind.

Wie Polen und Ungarn ist auch Irland ein rückständiges Agrarland. Allerdings ist es dort nicht ein nationaler Adel, der durch die Unabhängigkeit zur Herrschaft kommt, sondern eine andere Klasse von Agrariern, eine Bauernschaft, die den modernen, in der städtischen Bevölkerung überwiegenden Klassen ebenso verständnislos und feindselig gegenübersteht wie das Junkertum.

Die Intellektuellen bilden nirgends eine besondere Klasse mit eigener Klassenpolitik. Sie betreiben stets die Politik anderer Klassen. Sie werden im irischen Freistaat vornehmlich das agrarische Interesse vertreten. Schon bisher suchten sie ihre Ideale nicht in der Zukunft, sondern in der Vorzeit, die ihre Phantasie in den glänzendsten Farben malte.

Der Zustrom amerikanischen Geldes wird aufhören, denn in einem Irland, das mit England in Frieden lebt, haben die irischen Emigranten in Amerika kein Interesse mehr. Eine neue Einkommensquelle erschließt sich den Intellektuellen Irlands in dem Regierungsapparat, der nun in irische Hände gerät. Auch diese neue irische Bürokratie wird, dem Charakter des Landes, seines Parlaments und seiner Regierung entsprechend, reaktionär sein.

Diejenigen Intellektuellen, die sich unter diesen Umständen modernen Ideen ergeben, werden auf die stärksten Widerstände der Bauernschaft, ihres Adels und ihrer Bürokratie stoßen. Sie werden auf lange hin einen schweren Stand haben.

Und das gleiche gilt vom Proletariat. Bisher bildete es einen Sozialismus sehr rückständiger Natur aus. Im Berliner „Sozialist“ vom 24. Dezember 1921 finden wir aus der amerikanischen „Nation“ einen Artikel abgedruckt, in dem Frank T. Walsh die irische Arbeiterchaft schildert. Er versichert uns:

„Irland hat heute die intelligenteste, bedeutendste und geschlossenste Arbeiterbewegung der Welt.“

Wenn wir aber dieser bescheidenen Selbsteinschätzung weiter nachgehen, finden wir, daß die wichtigste Triebkraft dieser so hervorragenden Bewegung der Landwirtschaft ist. Der Lohnarbeiter will ein besitzender Bauer werden.

Walsh will uns den Hochstand der irischen Arbeiterbewegung an dem Beispiel eines irischen Arbeiters in Dublin illustrieren, der während des Bürgerkrieges in der irischen republikanischen Armee focht. Kein Zweifel, die Energie, Hingebung, der Opfermut dieses Mannes machten ihn zu einem hervorragenden Kämpfer. Aber sein Sozialismus erfährt eine eigenartige Beleuchtung, wenn wir hören:

„Er hatte kein Leben bei Tag und Nacht aufs Spiel, immer mit der Vision einer Widdowsfarm... vor sich.“

Er sammelte nämlich aus der Grafschaft Wicklow. Dort zu einem Bauerngut zu kommen, war sein Ideal. Diese Vision steht gerade nicht sehr nach modernem Sozialismus aus.

Der Landhunger, der den irischen Arbeiter kennzeichnet, hat keine Aussicht, im irischen Freistaat befriedigt zu werden. Es hilft nichts, daß man berechnet, der irische Boden könne 20 Millionen Menschen ernähren.

Die politische Unabhängigkeit wird nichts an der ökonomischen Tatsache ändern, daß die Weltwirtschaft und die Pro-

duktion von Fleisch und Milch für den englischen Markt die profitabelste Form der irischen Landwirtschaft ist. Das bietet geringe Ausichten für eine erhebliche Vermehrung der bäuerlichen Stellen. Der Arbeiter aber, der in der Stadt durch politischen und ökonomischen Kampf eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen zu erreichen sucht, wird statt der englischen Regierung, die auf ein starkes Proletariat Rücksicht zu nehmen hat, im Freistaat auf eine rein agrarische Regierung stoßen, die der Minderheit der städtischen Arbeiter weit stärkeren Widerstand leisten kann und wird.

Die entscheidenden Kämpfe der letzten Jahre für die Unabhängigkeit Irlands sind hauptsächlich durch die Energie und Hingabe seines Proletariats gewonnen worden. Und dennoch droht diesem Proletariat aus der staatlichen Unabhängigkeit, die es erobert, zunächst nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung seiner Lage zu erwachsen.

Trotzdem war es notwendig, daß das Proletariat den nationalen Befreiungskampf mitkämpfte. Und der internationale Sozialismus hat ebensowenig seine Sympathien für ein unabhängiges Irland zu bedauern, wie die für ein unabhängiges Ungarn oder Polen.

In einem national unterdrückten Lande werden die Klassengegensätze nur zu leicht durch die nationalen verdeckt und verdunkelt. Der irische Arbeiter wird erst dann seine Klassenlage richtig erkennen und dem internationalen Sozialismus zugänglich werden, wenn die Regierung, die ihm als Schwächling der bestehenden Klassen gegenübersteht, nicht mehr die der Engländer, sondern die seiner eigenen Landsleute ist. Dann wird auch sein Mißtrauen gegenüber dem englischen Arbeiter schwinden und das Gefühl der Solidarität mit ihm tiefere Wurzeln fassen können.

Der Freistaat, der seine eigene Zoll- und Handelspolitik treibt, wird auch eher das Aufkommen einer irischen Industrie begünstigen als das fremde Regime. Wohl darf man in der Beziehung nicht allzuviel erwarten, denn der irische Bauer wird lieber billige Industrieprodukte aus England beziehen, als „waterländische“ Produkte teuer bezahlen. Der Bauer ist kein Freund von Industriezöllen, namentlich nicht der exportierenden.

Aber immerhin, einige Industrie wird im selbständigen Irland doch entstehen, und sie wird es erleichtern, daß der irische Arbeiter seine agrarischen Ideale durch die eines großindustriellen Sozialismus ersetzt.

## Freistaat Irland

London, 17. Januar.

Gestern nachmittag hat im Dubliner Schloß der Bizekönig von Irland den acht Ministern der einstweiligen Regierung des Freistaats die Regierungsgewalt übergeben, die seit 700 Jahren von den Königen Englands ausgeübt wurde. Die Bekanntgabe dieser Nachricht hat in Dublin große Freude hervorgerufen. Als die Innenminister unter Führung von Michael Collins im Schloß eintrafen, kam es zu stürmischen Kundgebungen.

## Häuslicher Streit

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ entrüstet sich heftig darüber, daß der frühere Reichsanwalt Fehrenbach auf dem Zentrumsparteitag erklärt hat, die große Koalition dürfe keine Elemente in die Regierung hineinschleusen, die nur Sabotage bei der Regierungstätigkeit treiben wollen. Zu seinem Bedauern müsse er bemerken, daß nach seiner Auffassung in der Deutschen Volkspartei genügend derartige Elemente vorhanden seien. Eine Verbreiterung nach dieser Seite sei daher nur möglich mit Persönlichkeiten, die auf dem Boden der Verfassung ständen.“ Die Korrespondenz meint nun unwirsch, daß die Deutsche Volkspartei sich nicht zum Zentrum vorarbeiten lassen werde, welche Vertreter sie in die Regierung, wenn es zur großen Koalition kommen würde, entsenden sollte. Das Verantwortungsgefühl der Fraktion und ihrer einzelnen Mitglieder bürge dafür, daß die in die Regierung entsandenen Vertreter der Partei mit allen Kräften für die Durchführung der gemeinsamen Regierungspolitik sich einsetzen würden. Es dürften allerdings in der Regierung nicht allein die Auffassungen des Zentrums be-

stimmend sein, sondern alle darin vertretenen Parteien müßten gleichberechtigt auf die Regierungspolitik einwirken können.

Was das Verantwortungsgefühl der Deutschen Volkspartei anbelangt, so weiß man, daß sie ebenso wie ihre Vorgängerin, die Nationalliberale Partei, ihren Mantel immer nach dem Winde hängt, der zurzeit gerade weht. Im übrigen aber verstehen wir diesen häuslichen Streit nicht recht; Zentrum aber Deutsche Volkspartei vertreten im Grunde genommen die gleichen Interessen, nämlich die des Kapitals, und wenn auch das Zentrum einige Rücksichten auf die katholischen Arbeiter nehmen muß, so war doch im Grunde genommen keine Politik stets so eingestellt, daß die bestehenden Klassen mit ihr zufrieden sein konnten.

## Das großmütige Preußen

Wir haben vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die preussische Regierung für die Kappisten ein sehr warmes Herz habe. Wir wiesen darauf hin, daß das Gut Kapps nicht beschlagnahmt worden sei, wie nach dem Putsch angekündigt wurde, sondern von seinem Sohn verwaltert würde, der zu diesem Zwecke noch einen jährlichen Zuschuß von der preussischen Regierung erhalte. In einer laßnen Berichtigung hat die preussische Regierung diesen Tatbestand abzuschwächen versucht. Aber sie machte sich damit nur lächerlich und rief sogar den Unwillen der ihr wohlgesonnenen demokratischen Presse hervor.

Aber nicht nur Kapp, auch die anderen Kappisten haben Glück. Da ist z. B. der frühere Oberpräsident August Winnig, der sich gleich am ersten Putschtag gemeinsam mit dem ostpreussischen Oberbefehlshaber auf die Seite Kapps schlug und in einem Aufruf die Bevölkerung ermahnte, der Republik den Kampf anzuliegen und sich für die monarchistischen Verschwörer zu erklären. Winnig wurde dieserhalb zur Disposition gestellt. Er ist jetzt Oberpräsident a. D. und bezieht, wie die „Welt am Montag“ mitteilt, ununterbrochen dreierlei des Gehaltes eines Oberpräsidenten mit allen Zulagen, Gehaltserhöhungen und Nachzahlungen weiter.

Das Disziplinarverfahren gegen ihn schwebt noch immer. Es wird so lange schweben, bis Winnig die Augen für immer geschlossen hat. Ist das nicht großmütig von der preussischen Republik? Ein Offizier der Ehrhardtbrigade rief nach dem Kapp-Putsch, als an die Reuterer bei jeder Wählung Sonderzulagen ausgehändigt wurden, vergnügt aus: „Schon wieder 50 Mark, das ist ja großartig! Für diese Summe stürze ich jede Republik!“ Viel Glück dazu. Auch August Winnig wird nach der guten Belohnung, die ihm die preussische Regierung quartalsweise auszuhändigt, derartigen Plänen nicht abgeneigt sein.

## „Rührende Fürsorge“

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird Klage darüber geführt, daß die deutsche Regierung der russischen Sowjetregierung aus „rührender Fürsorge“ andauernd neue Räume zur Verfügung stelle. Die russische Vertretung bewohne bereits Räume in der Maackstraße, am Pöchowufer, in der Liebenburger Straße und in der Reihstraße. Jetzt sollten ihr angesichts der Wohnungsnot noch weitere Räumlichkeiten überlassen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“, die zuweilen auch einen Scherz machen kann, versteht sich zu dem Vorschlag, das Auswärtige Amt im Interesse der Sowjetdelegation schleunigst zu räumen und die dadurch unterkunftlos gewordenen Diplomaten in Privatquartiere deutscher Bürger unterzubringen, damit die Sowjetdelegation ihre „hohle-willige Volksfürsorge“ zweckentsprechend betreiben könne.

Aus dieser Kofiz der „Deutschen Tageszeitung“ spricht die Wut darüber, daß sich eine Anerkennung der Sowjetregierung nicht mehr umgehen läßt. Sie schert sich den Teufel darum, daß ihre Behereien nicht vorteilhaft auf die Handelsbeziehungen mit Rußland wirken können, von denen die deutsche Wirtschaft doch nur profitieren kann. Da der Sowjetregierung die Räume der russischen Botschaft immer noch gespart sind, muß sie in anderen Räumen zweckentsprechende Unterkunft finden können. Diese Räume stehen ihr bisher in ausreichendem Maße nicht zur Verfügung, und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß eine Reihe wichtiger Aufträge, die für Deutschland bestimmt waren, in letzter Zeit nicht ausgeführt werden konnten und an andere Staaten vergeben werden mußten. Den Schaden davon

hat die deutsche Wirtschaft und in erster Linie wieder das deutsche Proletariat.

## Saboteure der Amnestie

Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“ sollen die politischen Gefangenen des Forts Jinnä bei Torgau beschloßen haben, aus Solidarität mit den Lichtenburger Gefangenen in einen Hungerstreik zu treten. Weiter wird behauptet, daß ein Gefangener, der wegen Hungerstreiks von Lichtenburg nach Jinnä überführt wurde, irrsinnig gemorden sei. Trotzdem sei dieser Gefangene bis heute noch nicht in einer Irrenanstalt untergebracht worden. Er stehe noch immer hinter Zuchthausmauern. Die Gefangenen vom Fort Jinnä fordern in einem Aufruf Hilfe und Solidarität von der Arbeiterchaft und lassen zugleich die Mahnung ergehen, ihren Schritt nicht zu gegenseitigen Beschimpfungen zu benutzen.

Die „Rote Fahne“, die diesen Aufruf abdruckt, kommt dem Wunsch der Gefangenen insofern nach, als sie auf der Stelle mit einer Schimpferei gegen die „Freiheit“ einsetzt und behauptet, diese habe in Folge ihrer „Lügenpropaganda gegen Sowjetrußland“ keine Zeit übrig, um der Barbarei in den deutschen Strafanstalten ein Ende zu machen. Wir stellen demgegenüber fest, daß wir als internationale Sozialisten nicht nur die Barbarei in den deutschen Gefängnissen, sondern auch dieselbe in den russischen Gefängnissen bekämpfen, die um so beklagenswerter ist, als sie nicht von einer verrotteten bürgerlichen Gesellschaft, sondern von einer angeblich kommunistischen Regierung an den eigenen Klassengeossen des Proletariats vollzogen wird.

Im übrigen hat unsere bisherige Haltung in der Frage der Amnestie den politischen Gefangenen in Deutschland weit mehr genügt, als das ganze Getöse der Kommunisten. Dafür können einwandfreie Beweise erbracht werden. Andererseits ist durch die Haltung der Kommunisten das Los der Gefangenen wesentlich erschwert worden. Nichts hat zum Beispiel den politischen Gefangenen in Deutschland mehr geschadet, als die Tatsache, daß die kommunistischen Abgeordneten im Reichstag und in einer noch weiteren Weise im preussischen Landtag bei jeder Gelegenheit, wo von der Befreiung der politischen Gefangenen gesprochen wurde, blutrünstige Reden hielten, dem Terror in jeder Form begeisterte Hymnen sangen, der Bourgeoisie den baldigen Vollzug des „roten Schreckens“ ankündigten und sie damit geradezu ermunterten, von einer allgemeinen Amnestie Abstand zu nehmen.

## Löbe über den Leipziger Parteitag

In der Chemnitzer „Volksstimme“ äußert sich Paul Löbe über die Ergebnisse unseres Leipziger Parteitages. Er schreibt darüber:

„Die politischen Ergebnisse dieser Parteitages des Abwartens“ müssen sich zeigen, wenn jetzt der Kampf für die Erfüllung der gestandenen Verpflichtungen, der Kampf um die Finanzfrage beginnt. Hoffen wir, daß die gemeinsame Arbeit, die dabei bisher von den Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften und den Unabhängigen geleistet wurde, forgesetzt werden kann. Das wird allerdings nicht möglich sein, wenn der Finanzminister Hermes auf seinem Standpunkt beharrt, daß aus politischen und technischen Gründen zunächst einmal die vorhandenen Steuervorlagen angenommen werden müssen und alles andere der Zukunft überlassen wird. Solches Budgetleben „von der Hand in den Mund“ kann in dem Augenblick nicht fortgeführt werden, wo die Reparationskommission unsere Vorschläge und Pläne für die Erfüllung unserer Verpflichtungen erwartet. Nicht nur die Balancierung des inneren Budgets, sondern auch für die Abtragung der Reparation. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen für die Aufstellung eines großen Finanzplanes mit Heranziehung des Volkes.“

Wir wollen abwarten, ob die Taten der Rechtssozialisten diesem Programm des Reichstagspräsidenten entsprechen werden.

Der Abban des Reichswanderungsamtes ist eingeleitet worden. Eine Denkschrift über die noch zu erledigenden Aufgaben dieses Amtes wird dem Reichstage Ende Januar zugehen.

Das Hausgehilfengesetz soll, nach einer Korrespondenz, im Frühjahr dem Reichstage zugehen.

## Der Film am Dienstag

### Filmschau

Unsere „Filmschau“ ist zweimal ausgefallen, wir haben aber nichts veräumt. In den meisten Uraufführungstheatern laufen immer noch dieselben Filme, wodurch uns ermöglicht wird, heute neben den Neuerscheinungen auch das Bemerkenswerte unter den alten Stücken zu behandeln.

Im Marmorhaus: „Tanja“, nach dem Roman „Kreuzweg der Leidenschaft“ von Elena Nagrobkaja. Tanja reist ins Bad, wo sie einem höchst unympathischen Kerl erliegt, obwohl sie ihren zu Haus gebliebenen Verlobten zu lieben vorgibt. Da die Aufnahmen des Badeorts erkennen lassen, daß es sich um Heringsdorf handelt, nimmt man den Schritt der Russin als etwas Selbstverständliches hin. Denn wir bilden uns trotz unseres Berliner Lokalspatriotismus nicht ein, daß Heringsdorf das Monopol für Schweineereien nur den Weiblein unseres Kurfürstendammes überlassen hätte. Wie man hinterher das Verhalten des irreführenden Mannes erlangt, auch das scheint die Russin dem Kurfürstendamm abgelauscht zu haben. Nur ist Lya Kaza als Tanja so natürlich und anmutig, daß man hinter ihrem Vergehen keinen Schmutz sieht, sondern ein Schicksal, das uns mit einem hilflosen Weilen mitfühlen läßt. Friedrich Zeiniks Regie fängt die lustigen Partien mit unaudringlichem Humor, sie verlagert aber überal, wo es tragisch wird.

Von den Vätern des „Mann ohne Namen“, Robert Liebmann und Georg Jacoby, stammt „Seine Exzellenz von Madagaskar“, dessen erster Teil: „Das Mädchen aus der Fremde“ im U. I. Kurfürstendamm läuft. Das fremde Mädchen, eine Amerikanerin, kommt ins Haus eines Wiener Onkels herein, wo sie mit Backschützleichen alles auf den Kopf stellt, bis sie der Onkel in einem Tüchterspionat unterbringt. Hier spielen sich die üblichen, aus minderwertigen Filmen bekannten Szenen ab, die sich Robert Liebmann nicht leisten dürfte. Georg Jacoby stützt sich nicht auf die Handlung, deren Dürre er wohl empfindet, sondern versucht, über sie mit einem schwungvollen Tempo hinwegzurufen und durch unerwartete, aus der jeweiligen Situation psychisch ausschließende Regieeffekte zu überraschen. Das gelingt ihm besonders in den Szenen auf dem Schiff, wo die Amerikanerin, als Schiffsjunge verkleidet, ihrem ahnungslosen Onkel auf seiner Forschungsreise nach Athen folgt. In Athen wird sie von einem Griechen entführt, während wir uns an den Aufnahmen dieser Stadt erfreuen; ein Sekretär des Griechen lenkt den Onkel auf falsche Fährte, indem er ihn glauben macht, sie sei von einem Sultan nach Madagaskar verschleppt worden. Was weiter geschieht, werden wir vom zweiten Teil erfahren.

Von den „Kindern der Finsternis“ haben wir im Ufa-palast bereits beide Teile: „Der Mann aus Keapel“ und „Kämpfende Welten“ gesehen. Die Handlung besteht aus einer Häufung starker dramatischer Momente, die aber oft ohne Zusammenhang und auf grobe Wirkung berechnet sind: Ein neapolitanischer Fabrikarbeiter flüchtet ins Ausland, um einer

Verurteilung wegen Mordes zu entgehen. Auf dem Schiff findet eine reiche Ausländerin Gefallen an ihm und verdeckt ihn in ihrer Kabine. So entkommt er zwar der Polizei, doch nicht den Verbungen seiner reichen und schönen Retterin. Warum er diese Dame, die es doch anscheinend ehrlieh mit ihm meint, so konsequent abweist, wird nicht erklärt. Will er sie — aus Liebe oder Dankbarkeit — vor der Verbindung mit einem verfolgten Mörder bewahren? Das geht aus seinem mürrischen, verlegenen Benehmen ihr gegenüber nicht hervor. Den Abschluß haben sich die Autoren Jung und Urgi nach dem Muster des gordischen Knotens leicht gemacht: Die Abgewiesene liefert den Arbeiter der Polizei aus und ein Polizist knallt ihn nieder. Was der Regisseur Dupont aus all dem herausholt, ist lebenswert! Doch er bei seinem oft bewiesenen Sinn für malerische Wirkungen ein schöneres Keapel einfangen würde, als Oswald in der „Lady Hamilton“, war zu erwarten. Doch eine so humorvolle Beobachtung italienischer Typen und so viel Situationskomik, wie er sie hier bietet, war ihm kaum zuzutrauen. Der stärkste Eindruck geht von seinem Mitleid mit den ausgebeuteten Kindern der Finsternis“ aus. Er läßt es nicht etwa schlichter durchscheinen, es wird in scharf gegeneinander gestellten Kontrasten vor vernehmbarer Anklage: Oben in den Luxusabteilen stürrende Selbsterlöser und ein tanzendes Gesindel, dem zur Kennzeichnung seines Lebensinhalts die Erfindung des Jimmys, dieser geschmacklosen Ausgeburt unserer hochgeprägten „Sophsifikation“, gerade noch gefehlt hat — und unten am Kessel schweißende Heizer, in deren Dalein kein Lichtschimmer dringt. Oder im zweiten Teil: Unten in den Gruben vergebens nach Licht und Lust schnarpende Arbeiter, denen erst eine Explosion Erlösung bringt, indem sie sie unter Trümmern begräbt, oben wird währenddessen die Befreierin der Gruben in einem nach chinesischer Art gebauenen Palast manifiziert.

Das Oswaldtheater zeigt die Abenteuer eines ver-schollenen Habsburgers. Was wir über ihn wissen, ist wenig: Erzherzog Johann Salvator schrieb vor einigen Jahrzehnten eine Schrift gegen den militärischen Drill, wodurch er sich die Ungnade Franz Josephs zuzog. Er machte sich nicht viel daraus, warf dem Kaiser alle Titel vor die Füße, ging als Johann Orlik in die Welt und ließ seitdem nichts von sich hören. Der Film „Das Geheimnis der Santa Marguerita“ bringt sein Licht in dies geheimnisvolle Leben. Johann Orlik ist vorwiegend für eine verworrene Indianergeschichte. Er befreit ein amerikanisches Völkchen von einem Tyrann, das dankbare Volk ernannt ihn zum Präsidenten, da sagt ihm ein Weib, dessen Liebe er verschmäht, auf Grund eines von ihr gefälschten Briefes des Hoherrats an, das dankbare Volk verurteilt ihn auf Grund dieses falschen Schriftstücks ohne weiteres zum Tode. Wie sich Moritzchen das vorstellt! Die Letzte sind dementsprechend. Einer belagt von einer Frau, daß sie an der Herbeiführung des Bruchs zwischen Kaiser und Erzherzog „den Hauptverdienst“ hat!

Wer denkt da nicht an den „Pour le mérite“, den die Generale „für den Verdienst“ erhielten, den sie sich im Krieg erworben haben! Und die „Mehrer Woche“, die sich jetzt „Duellig Woche“ nennt, sorgt dafür, daß wir der Generale ehrfürchtig gedenken. Sie hält für Gegenwart und Nachwelt die Bilder von

der Beerdigung des Generals Bessler fest. Dem wir die Eroderung von Antwerpen und Neugeorgewitz verdanken, hinter Tätigkeiten, die — wie Karl Kraus sagt — „besser unterbleiben wären“. Wenn nun solch ein General zur letzten Ruhe-Ruhe transportiert wird, dann ist's doch unbedingt notwendig, daß dem Sara Hunderte von Soldaten — man hätte man sonst so viele Menschen — nicht nur folgen, sondern daß sie sich auch noch Stahlhelme — man hätte man diese sonst — über die hohlen Schädel schießen, um in uns den Glauben an die Menschlichkeit zu zerstören, daß der Soldat nicht auskommen zu lassen. Unbegreiflich ist nur, daß man diese Soldaten nicht auch mit Handaraten ausstaffiert hat, die bei Beerdigung eines Generals doch ebenso unentbehrlich sind wie Stahlhelme. Dostojewski

## Neues vom Film

Abend der U. S. F. D. Freitag, 8 1/2 Uhr, findet in der Sternstraße wieder ein Filmabend der U. S. F. D. Termin hat. Das Programm bringt folgende Filme: 1. Entführung einer Geiselin; 2. Bemahnung von Brann; 3. Ruchlos (Schiller); 4. Eigenart (S. M.); 5. Wie ein Pfeil (Schiller); 6. Der Panik-Gesellschaft (Klein); 7. Die Schule der Jofanis (Wilderberg); 8. Der Geliebte (S. M.); 9. Die Tollerate der Schmelz; 10. Auf Scherzhaufen (S. M.); 11. Das was von Ende der Witternachtsjunge; 12. Rosenkranz (S. M.); 13. Eintritt 3 M.

Keltern im Film. Carl Wilhelm Film bereitet eine Serie neuerer Filme nach Motiven von Keitrag vor. Als erster Zauber- und Lustspiel-Film erscheint „Dumpele-Gegebandus“.

Der nicht hoffähige Jola. Jola wird heute leider weniger gelesen, obgleich gerade im vergangenen Jahr verschiedene neue Uebersetzungen seiner Hauptwerke wieder ein neues Publikum für den großen sozialen Dichter werden. Die Gründe aber, aus denen man sich von ihm abgewandt hat, sind rein ästhetischer Natur, und „moralische“ Bedenken hat man heute nicht mehr. Früher war nämlich Jola ein fürchtbarer Stein des Anstoßes, und man gestand nicht gern, daß man ihn gelesen habe; Damen hätten sich in ein läbles Licht gelehrt, wenn sie sich zu einer solchen Tat bekant hätten.

Sehr bezeichnend dafür ist eine Episode aus den Erinnerungen an Kaiser Friedrich, die aus dem Nachlaß des Kunsthistorikers Robert Dohme von Max Springer in der „Deutschen Revue“ mitgeteilt werden. Im Frühjahr 1866 hat der damalige Kronprinz seinen Bibliothekar Dohme, ihm die wichtigsten Werke der modernen französischen Literatur zusammenzustellen, um die Hauptlücken seiner Kenntnis auszufüllen. Dabei bemerkte er: „Aber den Schmutz (!) lassen Sie von vornherein fort.“ „Ein noch so summarischer Ueberblick über diese Literatur ist aber heute ohne die Bezugnahme auf Jola nicht möglich.“ schreibt Dohme. „Ich sagte ihm, ein Werk von ihm müßte er lesen; freilich tat ich es mit Herzklopfen, denn ich mußte mir sagen, daß die Jolaische Welt ihm in vieler Hinsicht ein Entsetzen erregen würde. Ich betonte deshalb alle diese Bedenken, wies darauf hin, daß keine Dame des Hauses das Buch sehen dürfe, und empfahl schließlich unter allen diesen Rauten L'oeuvre“ von

## Zimmer neue Lasten!

### Erhöhung der Mietssteuer auf 100 Prozent

Nachdem der Reichstag erst vor einigen Tagen der Regierungsvorlage zugestimmt hatte, wonach die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues auf das Fünffache, also auf 50 Prozent der Friedensmiete erhöht werden sollte, ist der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungswesen noch darüber hinausgegangen und hat vorgeschlagen, daß diese Abgabe auf hundert Prozent gesteigert werden solle. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wies darauf hin, daß eine Steigerung der Mieten auch aus dem Reichsmietengesetz zur Deckung der erhöhten Aufwendung des Hausbesitzes für die Verwaltung und Unterhaltung der alten Gebäude, und zwar in Höhe von etwa 100 Prozent der Friedensmiete, und eine weitere Steigerung durch die staatlichen und kommunalen Grundsteuern in Höhe von etwa 50 Prozent der Friedensmiete zu erwarten sei. Die Erhöhung der Abgabe auf 100 Prozent würde insgesamt eine Verteuerung um 250 Prozent der Friedensmiete ausmachen. Es erscheint der Regierung bei der großen allgemeinen Teuerung zurzeit bedenklich, die Bevölkerung eine derartige Mietssteigerung aufzuerlegen. In der Erörterung trat jedoch die große Mehrheit des Ausschusses für eine Erhöhung der Abgabe auf 100 Prozent ein. Eine entsprechende Abänderung des Urteils, Ziffer 2, des Entwurfs wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen; Ziffer 3, die den Betriebsverwaltungen des Reiches eine Sonderstellung sichern sollte, wurde gestrichelt. Die so abgeänderte Vorlage wurde mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, wie unsozial ein gleichmäßiger prozentualer Zuschlag auf die Friedensmiete wirken muß und daß andere Wege beschritten werden müßten, damit endlich das Wohnungseld beseitigt werde. Die Mietssteuer muß eine schwere Belastung der minderbemittelten Bevölkerung zur Folge haben, die noch schlimmer wirken würde, wenn die Regierung etwa die Absicht hätte, die ihr zustehenden Mittel dem privaten Unternehmertum zur Errichtung von Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Zum mindesten muß jetzt durchgesetzt werden, daß die Errichtung von neuen Wohnungen nur auf gemeinnütziger Grundlage erfolgen darf; das bedingt weiter, daß mit der Sozialisierung und Kommunalisierung der Industrie für die Baukosten begonnen werden muß. Geschlecht das nicht, so ist zu befürchten, daß die minderbemittelte Bevölkerung zum Schaden noch den hohen Ernten wird. Sie muß in der Hauptsache die Lasten tragen, die Gewinne würden dem privaten Kapital zufallen.

## Die Gutachten des Reichswirtschaftsrats

Der Reichswirtschaftsrat hat wiederholt darüber Beschwerde geführt, daß seine gutachtliche Tätigkeit nicht die genügende Beachtung gefunden habe. Nunmehr haben Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Vorstand des Reichswirtschaftsrats stattgefunden und zu einer feststehenden Praxis über Befähigung der Gutachten des Reichswirtschaftsrats zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen an Reichstag und Reichsrat geführt. Danach wird der Reichswirtschaftsrat über die in seinen Ausschüssen und in der Vollversammlung beratenen Gesetz- und Verordnungsentwürfe der Reichsregierung regelmäßig und mit größter Beachtung zusammenfassende Berichte übersenden, aus denen Gang und Ergebnis der Verhandlungen sowie das Ergebnis der Abstimmungen unter näherer Darlegung des Stimmenverhältnisses ersichtlich ist. Je ein Abdruck dieser Berichte wird den Vorlagen der Reichsregierung an den Reichstag und Reichsrat beigelegt werden.

## Staatsbürgerkunde in der Schule

Es soll beabsichtigt sein, eine Erweiterung des Lehrplanes der Schulen durch Einführung einer Staatsbürgerkunde vorzunehmen, wobei auch die politischen Ereignisse nach dem Weltkrieg und die jetzigen Verhältnisse gewürdigt werden sollen. Man kann sich vorstellen, wie diese Staatsbürgerkunde aussehen wird, wenn sie der Oberaufsicht des Herrn Koellik überlassen bleibt und wenn sie erst zum Vortritt durch einen Teil der Lehrerschaft, besonders an den höheren Schulen, gelangt. Die Staatsbürgerkunde allein genügt nicht. Was not tut, ist eine radikale Umgestaltung des Lehrwesens, von den Fikeln angefangen bis zu den Lehrkräften. Man hat das erst jüngst an dem Beispiel eines holländischen Lehrbuchs erfahren; dort ist zwar die Person des Reichspräsidenten Ebert „gewürdigt“ worden,

Zola. Der Prinz meinte, er werde das Buch einschließen. Schließlich bekam ich doch Sorge, ob ich dem ideal angelegten (I) Mann diese Zerwürfne, die sich als Naturalismus gerieren, in die Hand geben dürfe, ohne daß er eine innere Einbuße (II) erleide. Ich fragte deshalb Sendorf um Rat, der abmahnte. So lagte ich dem Prinzip an anderen Tage, aus welchen Gründen ich wünsche, er lasse Zola nicht. Er war groß genug (Hurrah, rrah, rrah!), mir einfach zuzustimmen, und hat das Buch nicht gelesen.“ Trohdem wurde Deutschland schließlich eine Republik. Sicher, weil die Deutschen noch immer zu viel Zola lesen.

Die Zauberkünste. (Neuinszenierung in der Staatsoper.) Unzeitgemäher konnte an das Inszenierungsproblem der „Zauberkünste“ nicht herangetreten werden, als in der katastrophalen Krise jederseits Mittellosigkeit. Es ist schlimm genug, daß das Mittel zu einem so ausschlaggebenden Faktor werden konnte; aber wo jede künstlerische Initiative erstickt ist, da wird ein Kulissenleben schon zum Vorwand. Die Desorganisation an der Staatsoper ist die schwerwiegendste Ursache für ihren hilflosen Zustand.

Bei den Stillgegenständen der einzelnen Gemenbilder, in Architektur und Farbe (nach Entwürfen von Ludwig Kainer), die sich selbst bei schnellerem Zusammenwirken der Verhandlungen niemals zu einer Kunstfreiheit verbinden würden, quält einen unablässige die Frage, ob das Del oder die Phantasie so unzureichend, ob das Kullissenmaterial oder der Rauminn des dekorativen Ausgestalters so beschränkt war. Materisch aus dem Geist der Musik gefaltet, in exotisch-expressionistischer Manier, steht die Papagena-Papagena-Szene isoliert da in einem gebrechlichen Reigen von verstaubten Stillbildern, inhaltslos, dummhinter, stillos, unklar, nicht gelöst, Erhellungsproblematisch (Königin der Nacht) und einer geradezu armseligen Hinterhausarchitektur.

Die Darstellung war peinlich. Gesangliche Mozartinterpretationen gehören zu einem aussterbenden Geschlecht. Elisabeth Reithberger als Pamina schwebte über der Unfähigkeit, ohne über den Tümpel zu verfügen, der mozarische Melodie erst zu pufferndem Strom löst. Robert Hutt als Tamino verpöhlte mit unelastischer Stimme Feindheit und Klang. Und die Koloratur-Panaka... (man schämt sich, daß derartige Zwischenfälle an der Berliner Staatsoper möglich geworden sind).

Unter der Kampe aber, da mußte jenseits von Baluta- und Dreißigswandlungen eine Künstlerkarriere (geleitet von Leo Blech), daß es eine heile Freude und Beglückung war.

Fritz Windisch  
Preisenaus schreiben für Bildungswesen. Die Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag läßt zu einem Preisaus schreiben über das Thema: „Das Bildungswesen in der Uebergangszeit vom kapitalistischen zum sozialistischen Staat“ ein. — Auf Grund einer Untersuchung der prinzipiellen Bedingungen sollen Form und Organisation des Bildungswesens erörtert und der Weg gekennzeichnet werden, der zu einer planmäßigen Erziehung des ganzen Volkes im Einklang mit den übrigen sozialistischen Forderungen führt. Spezialfragen mögen daher nur, soweit es der

aber in einer Weise, daß jeder nationalstisch gefärbte Lehrer eine persönliche Herabsetzung des obersten Beamten des Reiches und eine Beschimpfung der republikanischen Einrichtungen daraus machen kann.

## Schleifung der deutschen Westfestungen

Dem Reichstage wird am Mittwoch ein Entwurf zugehen, der die Aufhebung der Festungen Wesel, Köln, Koblenz, Mainz, Germersheim, aller sonstigen oberrheinischen und rechtsrheinischen Forts und der Küstenfestungen Friedrichsort, Kiel und Helgoland auspricht. Die Entente hat ausdrücklich die Annahme eines solchen Gesetzes durch den Reichstag gefordert.

## Der Parteitag des Zentrums

Am Montag hielt der Parteitag des Zentrums eine geschlossene Sitzung ab. In ihr sprach Generalsekretär Dr. Kagenberger über die Parteiorganisation und erstattete den Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Sekretariats. Dann berichtete der Generalsekretär über die Beiräte für Standes- und Berufsinteressen und ging besonders auf die Notlage der Presse ein. Im Anschluß an sein Referat wurde eine Kommission von Sachverständigen und Mitgliedern der Parteileitung gebildet, die einen praktischen Weg finden soll, der Presse durch wirtschaftliche Erleichterungen die ihr gebührende Förderung zu verschaffen.

Darauf hielt der Redakteur Emil Ritter als Berichterstatter der Programmkommission einen Vortrag über die neuen Richtlinien der deutschen Zentrumspartei. Bis zum Jahre 1918 hat das Zentrum überhaupt kein Programm besessen, die Politik wurde in der Hauptsache von der Reichstagsfraktion bestimmt. 1918 wurden Richtlinien entworfen, ein Jahr später ein Programm aufgestellt. Es enthält das Bekenntnis zum christlichen Prinzip und dessen Anwendung auf die Politik. Nach einer kurzen Ansprache wurde das Programm angenommen.

Am Nachmittag hielt der erweiterte Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Windhorst-Bünde eine Sitzung ab, in der der Geschäftsführer Dr. Bokel über Jugend und Partei sprach. Der Redner erklärte, daß sich die Windhorst-Bünde folgende Ziele setzen: Erstens, die Windhorst-Bünde wollen eine Abwehrpropaganda treiben gegen die politische Verhöhnung der Jugend; zweitens, sie wollen eine Propaganda treiben für die große Idee der deutschen Volksgemeinschaft. — Unter politischer Verhöhnung versteht das Zentrum natürlich nur die Aufklärung der Jugend in anderem als kirchlichem Sinne.

## Das hungernde Rußland

### Die Lage der Wolgadeutschen

Moskau 16. Januar. (Zitel.)

Aus dem Hungergebiet wird gemeldet: Die Lage in der Kommune der Wolga-Deutschen ist furchtbar. Es sind Fälle zu verzeichnen, daß ganze Familien infolge des Hungers ausgestorben sind. Die Hungerqualen zwingen die Menschen dazu, das Fleisch verrotter Tiere zur Nahrung zu verwenden. In der deutschen Wolga-Kommune ist eine Typhusepidemie ausgebrochen.

Der Bevollmächtigte der Amerikaner-Administration teilt mit, daß die U. R. A. in dem Hungergebiet der Wolga 500 000 Kinder versorgt. Lebensmittel zur Versorgung von einer Million Kinder sind schon nach Rußland geschickt worden, so daß die U. R. A. hofft, die Versorgung von einer Million Kinder übernehmen zu können.

In der „Pravda“ wird mitgeteilt, daß die Lage in den Gouvernements Samara, Ufa, Simbirsk und Jaroslavl immer schlimmer wird. Die Zahl der Hungernden umfaßt 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung. Während eine Lebensmittelration von nur einem halben Pund an jeden Hungernden 5 Millionen Rubel erfordert würde, erreicht die vom Staat und von privaten Organisationen geleistete Hilfe höchstens monatlich 2 Millionen Rubel.

Explosion eines deutschen Dampfers. Ein Fischdampfer landete in Lowestoft (England) die Ueberlebenden von der Belagerung des deutschen Dampfers „Besta“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Lissabon begriffen war. Der Dampfer war am frühen Morgen in Brand geraten, worauf eine Explosion erfolgte. Ein Mann der Belagerung wurden durch die Explosion getötet oder ertrunken.

Aus Kemal Paschas Reich. Aus Angora wird gemeldet, daß die Kommission für nationale Verteidigung und für die öffentlichen Arbeiten, Kigef Pascha und Neuf Bey zurückgetreten sind.

Zusammenhang erfordert, behandelt werden. Für die besten Arbeiten sind Preise im Werte von 500, 200 und zwei Preise von je 50 tschechischen Kronen in Form von sozialwissenschaftlichen Werken, deren Wahl den Preisträgern freigestellt ist, ausgesetzt. Die Arbeiten sind mit einem Motto und einer Zahl versehen an den Ausschuss der „Freien Vereinigung sog. Akademiker“, Prag II, Ve Smech 27, III, zu senden; in einem mit dem gleichen Motto und Zahl versehenen Kuvert, das erst nach der Zuerkennung der Preise geöffnet wird, ist Name und Adresse des Verfassers anzugeben. Berücksichtigt werden nur unveröffentlichte Arbeiten, die bis zum 1. Juli 1922 eingelangt sind.

Zerkürte Habsburger-Denkmal. Ungarische Schriftsteller und Künstler wenden sich in einem Manifest an die Kulturwelt, um die Aufmerksamkeit auf eine angebliche Barbarei der Rumänen und Tschechen zu lenken. Zwei Denkmäler des ungarischen Bischofers Fabusz in den abgetretenen Gebieten zur Verherrlichung der Habsburger sind von den Rumänen in die Luft gesprengt und von den Tschechen zerstört worden. Es handelt sich dabei auch um das bekannte Marmordenkmal Maria Theresias in Pest. Hier von einem herorrangenden Künstler zu sprechen, ist ein Unlug. Das Denkmal ist ein typisches Werk der Hofkunst, und es hand nicht der Kunst wegen an einem Donauufer, sondern als Symbol des habsburgischen Imperialismus und seiner Macht über Ungarn. Wir können durchaus nichts daran finden, daß die Tschechen so ein Denkmal zerstören, wir bedauern nur, daß den Deutschen der Mut gefehlt hat, die Siegesallee, die Kriegstrophäen im Zeughaus und andere Possiden der Monarchie in gleicher Weise zu behandeln.

Mißbrauch des Namens Volksbühne. Der Name „Volksbühne“ wird in letzter Zeit in den Bororien Berlins vielfach von Theaterunternehmungen in Anspruch genommen, die mit dem Wesen der Berliner Volksbühne E. B. nichts gemein haben. Es sind nicht Bühnengründungen von Regisseuren und Darstellern, die durch die Bezeichnung „Volksbühne“ Vertrauen zu erwecken suchen. Dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine, der die nach dem Vorbild der alten Berliner Volksbühne wirkenden gemeinnützigen Vereinigungen zusammenfaßt, gehören in Berlin und Umgegend nur noch die Volksbühne des Nordens in Pankow, die Spandauer Volksbühne und die Potsdamer Volksbühne E. B. an.

Eine Ehrung deutscher Wissenschaft durch den Völkerverbund. Die in London tagende Konferenz des Hygiene-Komitees des Völkerverbundes hat, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, den Witwen von Emil v. Behring und Paul Ehrlich die folgende offizielle Mitteilung zugehen lassen: „Die in London versammelte Konferenz für Serumprüfung des Hygiene-Komitees des Völkerverbundes hat einstimmig beschlossen, in Anerkennung der großen Verdienste, die Emil v. Behring und Paul Ehrlich um die Serumtherapie und die Verbestimmung der Sera haben, ihnen Mitteilung von der pietätvollen Würdigung ihres verstorbenen Gatten zu übermitteln, ge. Professor Madjen, Präsident der Konferenz.“

## Massenbetrieb im Rathaus

### Zur heutigen Stadtratsversammlung

Die Tagesordnung für die beiden nächsten Sitzungen der Berliner Stadtratsversammlungen, und zwar für die außerordentliche am heutigen Dienstag und die ordentliche am Donnerstag dieser Woche, umfaßt nicht weniger als hundert verschiedene Punkte, darunter unter anderen auch die Wahlen für den Vorstand der Versammlung, von 90 ehrenamtlichen Mitgliedern und Vertretern des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin. Dann soll die Magistratsvorlage des Magistrats über die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen usw. beraten werden. Auch die Erhöhung der Bäderpreise in den städtischen Volkshausanlagen wird behandelt werden.

Eine städtische Reihe von Dringlichkeitsanträgen bildet das weitere Arbeitsprogramm. Einer von ihnen (von Cynern und Gen.) ersucht den Magistrat dringend, der Leitung der elektrischen Straßenbahn aufzugeben, daß die geradezu unerträglich gewordene Ueberfüllung der Straßenbahnwagen durch Mitführen von Anhängern zur Zeit des größeren Verkehrs, besonders nachmittags von 5 bis 8 Uhr, behoben wird. Es ist den Schaffnern bei dieser Ueberfüllung der Wagen unmöglich, die Fahrgelder ordnungsgemäß einzulassen. Dem Einwand, Strom zu sparen durch Nichtfahren der Anhänger, ist entgegenzuhalten, daß der Materialverschleiß infolge Ueberlastung der Wagen das nicht einsparierte Fahrgeld sowie mögliche Ansprüche auf Schadenersatz diese Stromersparnis weit übersteigen dürfte. Insbesondere hat aber das fahrende Publikum ein Recht, bei den heutigen Fahrpreisen eine schnelle und angemessene Beförderung ohne Lebensgefahr und ohne Gefährdung von Kleidung und Besitz zu beanspruchen.

Die Stadtratsordnen werden sehr fleißig sein müssen, um dieses Kleinenprogramm zu bewältigen. Hoffen wir, daß die Arbeit, die sie leisten werden, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ von Belang sein wird!

## Der Konflikt Boeh — Dr. Horten

Wie bekannt, bestehen zwischen dem Oberbürgermeister Boeh und dem Deputierten für die städtischen Werke, Stadtbaurat Dr. Horten, schon seit längerer Zeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die dazu geführt haben, daß der Oberbürgermeister den Vorsitz in der Deputation für die Werke selbst übernommen hat. Der Streikfall beschäftigt nunmehr den mit der Prüfung der Organisation der städtischen Werke beauftragten Ausschuss der Berliner Stadtratsordnenversammlung, der seinerseits sieben Sachverständige ersucht hat, sich in einem Majoritätsgutachten darüber zu äußern, wessen Auffassung über das Organisationsproblem in den Werken den Vorzug verdient. Bevor dieses Gutachten zustande kommt, dürften allerdings noch Monate vergehen, da die meisten der angerufenen Sachverständigen nicht in Berlin wohnen.

## Öffentliches Interesse oder nicht?

### Zum Streik der Müllkutscher.

Seit einigen Wochen stehen die Müllkutscher und Begleiter bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer im Streik. Eine Beendigung desselben scheint vorerst nicht in Aussicht zu stehen.

Was soll nun aber mit den auf den Höfen sich immer mehr aufstapelnden Abfallhaufen und dem sonstigen Unrat geschehen? Bei dem geringsten Windzug wird der Abfallhaufen aufgewirbelt und den Bewohnern des Vorderes und Souterrains in die geöffneten Fenster geföhrt. Die Höfe und die geschlossenen Wohnungsfenster in der Nähe der Abfallhaufen stinken höchstlich vor Schmutz und können selbst bei täglicher Reinigung nicht sauber gehalten werden. Das Ungelesene, Ratten, Mäuse usw., findet reichlich Nahrung und vermehrt sich enorm.

Gibt es dagegen keine Abhilfe? Anscheinend nicht. Trohdem muß dringend verlangt werden, daß hier schnell und durchgreifend gehandelt wird. Es kann nicht zugegeben werden, daß durch einen berechtigten oder unberechtigten Streik — was hier nicht untersucht werden soll — neue Gesundheitsgefahren und Verletzungen für die Berliner Bevölkerung entstehen. Dem muß unter allen Umständen und mit allen Mitteln entgegengewirkt werden. Die zuständigen Stellen dürfen sich nicht länger darauf beschränken, Gewehr bei Fuß zu sein, bis die Volksgesundheit noch größeren Schaden leidet. Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß so schnell als möglich durch das Mittel geeigneter Verhandlungen die bestehenden Konflikte beseitigt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein eminentes öffentliches Interesse vorliegt, daß in dieser Weise verfahren wird. Es ist höchste Zeit!

## Große Fehler bei Selbsthilfebauten

Von sachverständiger Seite schreibt man uns: Zuschüsse für Neubauten sind stets schwer oder überhaupt kaum zu bekommen. Aus diesem Grunde entstehen statt massiver Dauerbauten unzulässige teure und unwirtschaftliche „Buden“ und „Lauben“, oft aus den besten Materialien, wie dünnen Brettern, angeputztem Weisblech, frischem Rundholz, schlechter Damppe usw. Bei ornamentierter Kröbchhilfe hätte das vermieden werden können. Keine dieser „Neubauten“ bedeutet eine neue „Wohnung“, wenn auch leider viele von ihnen als ungelunde und schlechte Dauerunterkunft herhalten müssen. Bei den Selbsthilfebauten aus Lehm oder Schlackensteinen werden häufig die einfachsten Regeln der Technik verstoßen, z. B. die Einlage einer horizontalen Nosterleiste gegen aufsteigende Erdfeuchtigkeit oder der Teeranstrich der höheren Kellerwänden. Durch schlechte oder ausgestorene Kunststeine ist auch viel Schaden entstanden.

Eine Straßenbahn-Monatskarte 170 Mark. Wie gemeldet, soll der Fahrpreis der Berliner Straßenbahn auf 2 Mark erhöht werden. Monatskarten werden für eine Linie 170 Mark, für zwei Linien 220 Mark, für drei Linien 280 Mark und für das ganze Linienetz 440 Mark kosten; im Gebiet der Vorortbahnen für eine Linie 100 Mark. Der Preis der Schülerkarten ist auf 40 Mark festgelegt worden.

Gefly de Heide und ihre Tanschar hatten sich gestern wieder pünktlich im Sitzungssaal der Strafkammer versammelt. Als jedoch die Verhandlung ihren Fortgang nehmen sollte, teilte einer der Verteidiger dem Vorsitzenden mit, daß ein der Angeklagten, Fräulein Galler, wegen Krankheit nicht erschienen sei. Der Vater der erkrankten jungen Tängerin erklärte auf Befragen, daß seine Tochter an einem Furunkel leide und mindestens einen Tag der Ruhe bedürfte. Der Antrag der Verteidigung, die Sache gegen die Angeklagte Galler abzutrennen und im übrigen weiterzuverhandeln, gab der Gerichtshof nicht Folge, da in diesem Falle die ganze Beweisaufnahme später noch einmal wiederholt werden müßte. Die Verhandlung wurde vielmehr abgebrochen und auf heute vertagt. Das hochnotpeinliche Verfahren geht also weiter.

Ein notwendiger Wegweiser. Alle diejenigen, die in den letzten Jahren mit den Steuerbehörden zu tun hatten, mußten oftmals weite Wege vergeblich gehen, ehe sie an die für sie zuständige Stelle gelangten. Selbst die Beamten in den Steuerbüros waren infolge des Nebeneinanderbestehens mehrerer Steuerbehörden nicht in der Lage, Auskunftsuchenden zu helfen, viel weniger

